Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — **Einzelnummer 20 Groschen.** — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 235. Bromberg, Freitag den 10. Oktober 1924. 48. Jahrg.

Wer ist Optant?

Um die Vorteile und Nachteile der Stellung eines Optanten zu erlangen, genügt es nicht allein, daß man eine Optionserklärung abgegeben hat, in einer Optantenliste geführt wird und bisher als Optant angesehen und behandelt wurde; man muß dabei auch gültig im Sinne der Wiener Konvention vom 30. August 1924 optiert haben. Die Frage: „Habe ich rechtswirksam optiert? Bin ich überhaupt Optant?“ — muß mit Rücksicht auf die schwerwiegenden Folgen der Option heute noch einmal von einem jeden Deutschen in Polen, der nach Meinung der Behörden oder auch nach seiner eigenen Ansicht die im Versailler Vertrag und im Minderheitenschutzvertrag vorgesehene Optionserklärung abgegeben hat, aufs genaueste überprüft werden.

Nach Art. 9, Abs. 1 der Wiener Konvention ist eine Option nur dann gültig, wenn der betreffende Optant im Zeitpunkt der Ausübung der Option

1. mindestens 18 Jahre alt war,
2. die politische Staatsangehörigkeit gemäß Art. 3 des Minderheitenschutzvertrages (Art. 91, Abs. 1 des Vertrages von Versailles) erworben hatte, und wenn
3. die Optionserklärung — von der „stillschweigenden Option“ wird weiter unten die Rede sein — vor dem 11. Januar 1922 vor den zuständigen polnischen oder deutschen Behörden abgegeben worden war.

Wer zur Zeit der Option noch nicht ein Alter von 18 Jahren erreicht hatte, konnte nicht selbständig und damit auch nicht gültig optieren, — das ist ein einleuchtender Grundsatz, wie der dritte, daß die Erklärung frist- und formgerecht erfolgen muß. Diese Punkte bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Anders verhält es sich mit dem an zweiter Stelle genannten Erfordernis einer rechtsgültigen Option.

Bekanntlich hat der Deutsche in Polen — abgesehen von der ihm fast immer versagten Möglichkeit der Einbürgerung — die polnische Staatsangehörigkeit ipso facto entweder kraft seines Wohnsitzes auf heute polnischem Staatsgebiet in der Zeit vom 1. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920, oder kraft seiner Geburt von auf diesem Gebiet wohnhaften Eltern erworben. Die Wiener Konvention bestimmt ausdrücklich, daß nur die erstgenannte Kategorie der sogenannten „Wohnsitzpolen“ optionsberechtigt waren; die „Geburtspolen“ waren es nur dann, wenn sie gleichzeitig die Voraussetzungen für die Eigenschaft eines Wohnsitzpolen erfüllten. Wer in der Zeit vom 1. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 im heute polnischen Gebiet nicht seinen Wohnsitz hatte (vgl. dazu Art. 3—6 der Wiener Konvention), ist also selbst dann nicht Optant, wenn er kraft seiner Geburt die polnische Staatsangehörigkeit besaß und eine von allen Willensmängeln freie Optionserklärung abzugeben glaubte. Seine Erklärung ist unter den genannten Umständen keine Optionserklärung des „Wohnsitzpolen“, sondern eine Verzichterklärung (Renunziation) des „Geburtspolen“. Der Erklärende ist nicht Optant, sondern Renunziant; eine falsche Bezeichnung der Erklärung, wie sie in ungezählten Fällen vorgekommen ist, tut ihrer rechtlichen Natur keinen Eintrag.

Folgende Beispiele mögen die mitgeteilten Bestimmungen der Konvention deutlich machen:

1. Der Schlosser Fritz Lehmann wird seit dem 10. Dezember 1921 in den Listen der Bromberger Starostei als Optant geführt. Er wurde im Jahre 1893 in Berlin geboren. Im Jahre 1904 verzogen die Eltern nach Schulitz, um bereits im Jahre 1907 nach Marienburg weiterzuziehen. Der gerade aus der Schule entlassene 14jährige Fritz bleibt aber in Schulitz, um bei einem bekannten Meister in die Lehre zu gehen. Nach drei Jahren (1910) ist die Lehrzeit beendet und Fritz folgt seinen Eltern nach Marienburg. Von dort aus nimmt er am Weltkrieg teil und läßt sich erst nach dessen Beendigung im November 1918 zur Rückkehr nach Schulitz bewegen, wo er das Geschäft seines verstorbenen Meisters übernimmt. Am 10. Januar 1920 und bei der Abgabe seiner vermeintlichen Optionserklärung hatte Fritz L. diesen Wohnsitz noch nicht aufgegeben.

Frage: Ist Fritz Lehmann Optant? Antwort: Nein!

Er war gewiß bei der Abgabe seiner Erklärung über 18 Jahre alt und hat diese auch vor einer zuständigen Behörde abgegeben. Aber Fritz Lehmann hatte die polnische Staatsangehörigkeit weder durch Geburt, noch durch Wohnsitz erworben. Am 1. Januar 1908 war er zwar in Schulitz in der Lehre, jedoch als Lehrling teilte er (vgl. Art. 4, § 3, Abs. 2 der Konvention) den Wohnsitz seines in Marienburg ansässigen Vater. Am 10. Januar 1920 war dagegen unzweifelhaft ein Wohnsitz in Schulitz gegeben, aber dieser Tatbestand allein genügt noch nicht zur Begründung der polnischen Staatsangehörigkeit. Fritz Lehmann hätte im ganzen mindestens 10 Jahre vor diesem Termin auf heute polnischem Gebiet wohnhaft sein müssen (Art. 4, § 2, Abs. 2 b der Konvention), um als „Wohnsitzpole“ zu gelten und als solcher optionsberechtigt zu sein. Es lassen sich aber nur 5 Wohnsitzjahre (1904—1907 und 1918—1920) errechnen. Fritz Lehmann war also bei Abgabe seiner vermeintlichen Optionserklärung Reichsdeutscher und als solcher nicht optionsberechtigt. Er ist, trotzdem er in der Optionsliste steht, kein Optant und darf nicht als solcher des Landes verwiesen werden.

2. Der Ansiedler Kurt Meier ist 1882 in N. bei Luck (im heute polnischen Wolhynien) geboren. Im Jahre 1905 kaufte der Vater Meier eine Ansiedlung im Kreise Znin, während Kurt zu einer verwitweten Tante im Gouvernement Kiew verschlagen wurde, auf deren Wirtschaft er den fehlenden Mann ersetzen sollte. Im Dezember 1920 gab Kurt Meier seine Wirtschafter-Stellung bei Kiew auf, um die Ansiedlung seines inzwischen alt gewordenen Vaters im Kreise Znin zu übernehmen. Wenige Monate später erklärte der junge Meier fristgerecht seine Option, die von der Starostei auch angenommen wurde.

Frage: Ist Kurt Meier Optant? Antwort: Nein!

Kurt Meier wäre nur als „Wohnsitzpole“ optionsberechtigt gewesen. Da er am 10. Januar 1920 seinen Wohnsitz nicht in Polen, sondern in der Sowjetukraine hatte, liegt ein ipso facto-Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit nicht vor. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Kurt Meier vorher bereits 23 Jahre in Polen wohnhaft gewesen war; für den „Wohnsitzpolen“ ist der polnische Wohnsitz am Stichtag, dem 10. Januar 1920, erste Voraussetzung.

Allerdings war Kurt Meier zweifellos „Geburtspole“. (Nach Art. 3 der Konvention umfaßt ihr Geltungsgebiet den ganzen heutigen Bereich des polnischen Staates, mithin auch Wolhynien.) Als Geburtspole konnte Meier jedoch nicht „optieren“, sondern lediglich den im Abs. 2 des Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages vorgesehenen Verzicht leisten: „renunzieren“.

Die vermeintliche Optionserklärung des „Geburtspolen“ Meier ist in Wahrheit eine „Renunziation“. Meier verliert dadurch auch seine polnische Staatsangehörigkeit, aber kann deshalb weder als Optant, noch als lästiger **Ausländer an sich aus dem polnischen** Staatsgebiete ausgewiesen **werden.**

Angesichts der Wichtigkeit und der Verschiedenheit der praktischen Folgen, die aus dem Ablegen der polnischen Staatsangehörigkeit durch eine Option (Art. 9) oder durch eine Renunziation resultieren, lassen wir den Art. 19 der Konvention, der von der Renunziation handelt — die Definition des Optantenbegriffs im Art. 9 haben wir oben wiedergegeben —, nachstehend im Wortlaut folgen:

1. Wenn deutsche Reichsangehörige, die nicht die in Art. 3 (Artikel 91 des Versailler Vertrages), sondern nur die in Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen, auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichtet haben oder wenn bei ihnen nach diesem Abkommen der Verzicht auf die polnische Staatsangehörigkeit als vollzogen gilt, so haben sie weder die besonderen Pflichten, noch die besonderen Vorrechte der Optanten.

2. Die Tatsache des Verzichts als solche gibt der Person, die verzichtet hat, nicht die Eigenschaft eines lästigen Ausländers.

Wenn eine Person, die erklärt hat, die polnische Staatsangehörigkeit verlieren zu wollen, gleichzeitig den Art. 3 des Minderheitenschutzvertrages und die in Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt, also sowohl Wohnsitzpole wie Geburtspole ist, so ist sie Optant und nicht Renunziant.

Neben der ausdrücklich erklärten Option, von der in Art. 9 der Konvention die Rede ist, schafft Art. 17 der Wiener Konvention noch den Begriff einer stillschweigenden Option. Dieser Artikel hat folgenden Wortlaut:

Bei optionsberechtigten Personen, die das polnische Staatsgebiet unter Umständen verlassen haben, aus denen sich die Absicht der Auswanderung ergibt, gilt die Option als vollzogen (stillschweigende Option), wenn sie

a) Polen vor dem 11. Januar 1922 verlassen haben, oder wenn sie
b) Polen zwischen dem 11. Januar 1922 und dem 10. Juli 1924 verlassen haben, es sei denn, daß sie bei den zuständigen polnischen Behörden eine Verlängerung ihrer polnischen Pässe beantragt haben, die abgelehnt worden ist; erlangen diese Personen jedoch die deutsche Reichsangehörigkeit wieder, so liegt stillschweigende Option vor.

Analog zu dem vorher Gesagten ist festzustellen, daß auch die stillschweigende Option nach Art. 17 nur den Wohnsitzpolen ergreift, und für den Geburtspolen, der nicht zugleich Wohnsitzpole war, nicht in Betracht kommt. Es liegt also nur dann eine stillschweigende Option vor, wenn die betreffende Person alle Voraussetzungen zu der Eigenschaft eines Wohnsitzpolen erfüllt hat; vor allem muß sie am 10. Januar 1920 in Polen wohnhaft gewesen sein.

Wir haben gestern (in Nr. 234 der „Deutschen Rundschau“ von der Anfechtung der Optionserklärungen gesprochen. Selbstverständlich kann auch die Rechtsgültigkeit einer stillschweigenden Option angefochten werden, was vor allem für diejenigen — mehr oder weniger freiwillig abgewanderten — Emigranten gilt, die keineswegs gewillt waren, ihre Verbindung mit dem Lande, das ihnen durch langjährigen Wohnsitz zur Heimat geworden war, freiwillig aufzugeben. Es wäre eine logische Unmöglichkeit, wenn der stillschweigende Optant kein Recht zur Anfechtung einer ihm wider seinen klaren Willen ausgesprochenen Aberkennung der polnischen Staatsangehörigkeit besäße. Der stillschweigende Optant kann niemals schlechter gestellt sein, als jener Optant, der ausdrücklich auf sein polnisches Bürgerrecht verzichtet hat. Mit diesem juristisch sehr interessanten Problem werden wir uns noch später zu beschäftigen haben.

Macdonald gestürzt!

Wie die neuesten Telegramme aus London melden, wurde die Regierung Macdonald gestürzt. Zwar wurde der Antrag der Konservativen, dem Kabinett einen Verweis zu erteilen, mit 359 gegen 198 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde der Antrag der Liberalen, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission forderte, mit 364 gegen 198 Stimmen angenommen. Über den Verlauf der Unterhaussitzung erhalten wir folgenden Drahtbericht:

London, 8. Oktober. PAT. In der heutigen Sitzung des Unterhauses sprach als erster der konservative Robert Horne. Er kritisierte im Namen der Konservativen Partei die Zurückziehung der Anklage gegen den Redakteur Campbell, indem er hervorhob, daß der Generalprokurator der Regierung Seiner Königlichen Hoheit bis auf den heutigen Tag nie einen objektiven Standpunkt eingenommen habe. Er habe sich von Parteirücksichten leiten lassen, und man könne nicht zulassen, daß das Gericht in England dem Einfluß einer politischen Partei unterliege. Der Artikel Campbells war ein offener, an die Soldaten gerichteter Appell, ihren Eid zu brechen und dem Militärdienst während eines eventuellen Krieges den Rücken zu kehren. Es sei bemerkenswert, daß die Anklage ohne vorherige Untersuchung und geradezu mit einer überstürzten Hast zurückgezogen wurde.

Hierauf ergriff der Generalprokurator das Wort, der erklärte, daß der durch die Konservativen eingebrachte Antrag auf Erteilung eines Verweises gegen ihn gerichtet sei. Er sei daher bereit, in der angeschnittenen Angelegenheit Aufklärung zu geben. Er sei jedoch der Ansicht, daß er rechtmäßig gehandelt habe, da er unverzüglich nach Empfang der Mitteilung von dem Artikel die Einleitung der Untersuchung angeordnet habe, in der festgestellt wurde, daß Campbell ein Kriegsinvalide ist, dem eine Granate beide Beine abgerissen hatte. Der Generalprokurator stützte sich auf die Ansicht eines seiner besten Mitarbeiter, der bezweifelte, ob der Artikel Campbells einen Ansporn an die Soldaten zum Aufruhr enthalte, und es daher zur Vermeidung einer unnötigen Behandlung dieser Angelegenheit in der Öffentlichkeit vorteilhafter gewesen wäre, die Anklage zurückzuziehen.

Nach dem Generalprokurator brachte der liberale Abg. Simon den Antrag ein, eine besondere Kommission ins Leben zu rufen, welche die Sache Campbells prüfen und die Verantwortlichkeit der Minister festsetzen solle. Ferner soll geprüft werden, welchen Einfluß das Kabinett auf den **Generalprokurator ausgeübt hat. Simon vertrat die An**sicht, daß die Anklage auf Grund eines Protestes, der von Anhängern des Ministerpräsidenten ausgegangen wäre, zurückgezogen worden sei.

Hierauf ergriff Macdonald das Wort, der betonte, daß die Regierung, sofern die eine oder die andere Resolution angenommen werden sollte, zurücktreten werde, wobei er hinzufügte, daß diese Regierung in hohem Maße zur Erhaltung des sozialen Gleichgewichts beigetragen habe. Es unterliege nach seiner Ansicht keinem Zweifel, daß das Land bei Neuwahlen wiederum Gelegenheit haben werde, die Tätigkeit der Regierung zu beurteilen und daß das Ergebnis die Rückkehr der Regierung an die Arbeit sein werde.

*

Wien, 8. Oktober. PAT. Wie die „Neue Freie Presse“ aus London meldet, sandte Macdonald an den König zwei Vertrauensleute, um ihm über die Lage Bericht zu erstatten und die Notwendigkeit der Auflösung des Parlamentes darzulegen. Macdonald erhielt auf telegraphischem Wege vom König die Versicherung, daß er, sofern die Regierung im Unterhause eine Niederlage erleiden sollte, die Ermächtigung zur Auflösung des Parlamentes erhalten werde.

Inzwischen hat das Unterhaus sein Mißtrauensvotum abgegeben, so daß die Auflösung des Parlaments unverzüglich erfolgen dürfte. Die **Neuwahlen** sollen bereits im November stattfinden.

Der Złoty (Gulden) am 9. Oktober
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,23	Złoty
	100 Złoty =	107½	Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21	Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,93½	Złoty
Rentenmark . . =		1,26	Złoty

Umbildung der Deutschen Reichsregierung.
Vor entscheidenden Beschlüssen.

Berlin, 8. Oktober. PAT. Den ganzen heutigen Tag über fanden Fraktionssitzungen statt, in denen man zu den vom Kanzler aufgestellten Richtlinien der Regierungspolitik Stellung nahm.

Das **Zentrum** nahm nach einem Referat des Reichskanzlers Marx einstimmig eine Resolution an, in welcher betont wird, daß die Partei entschieden die Bemühungen des Kanzlers unterstützt, die gegenwärtige Koalition durch Einbeziehung aller zur Mitarbeit bereiten Parteien der Rechten und der Linken zu erweitern, um auf diese Weise eine starke und dauernde Regierung zu bilden. Die Resolution unterstreicht zum Schluß, daß das Zentrum erwartet, daß sich alle zur Mitarbeit berufenen Parteien zur gemeinsamen Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes vereinigen werden.

Die **Demokratische Fraktion** faßte einstimmig eine Entschließung, in der festgestellt wird, daß die Fraktion eine Regierungsänderung in der gegenwärtigen politischen Situation für unerwünscht hält. Die Lösung wichtiger Fragen erfordere im gegenwärtigen Augenblick die Vermeidung einer Regierungskrisis. Sollten jedoch gewisse Änderungen in der Zusammensetzung der Regierung angesichts des durch andere Fraktionen eingenommenen Standpunktes nicht zu vermeiden sein, so werde die demokratische Fraktion ihre Unterstützung der nach rechts oder links erweiterten Regierung entsprechend dem Vorschlage des Kanzlers nicht versagen.

Gegen Mittag versammelte sich die **Sozialdemokratische Fraktion** des Reichstages, um die Sitzung der Fraktion vorzubereiten. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beschloß das Präsidium, die Parole auszugeben, daß man auch weiterhin an der Taktik festhalten solle, die durch ihre Vertreter im Laufe der Verhandlungen mit dem Kanzler begonnen wurde. Sollte ein Block der gemeinsamen Arbeit nicht zustande kommen, so hat sich die Fraktion für die Auflösung des Parlaments zu erklären. Die Fraktion wird entschieden die Versuche zur Bildung eines bürgerlichen Blocks bekämpfen.

Die Fraktion der **Deutschen Volkspartei** veröffentlichte heute nach Beendigung der Fraktionssitzung folgende Resolution: Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei in der Frage der Erweiterung des Kabinetts ist bekannt. Dieser Standpunkt hat eine Veränderung nicht erfahren. Die Richtlinien der Regierung hält die Partei für annehmbare Grundlagen zu Verhandlungen in der Frage der Koalition. Die Partei heißt einstimmig den Standpunkt ihrer parlamentarischen Vertreter gut, und bittet sie, ihren Einfluß auf die schleunigste Lösung der Frage der Erweiterung des Kabinetts geltend zu machen.

*

Die Bedingungen der Deutschnationalen für die Sozialdemokraten.

Berlin, 8. Oktober. (WTB.) Wie der „Westen“ erfährt, dürften die Deutschnationalen, falls dem Gedanken einer Volksgemeinschaft unter Einschluß der Sozialdemokraten nähergetreten werden soll, für folgende Punkte die Zustimmung der sozialdemokratischen Partei zur Bedingung machen:

1. Anerkennung der deutschen Nicht-Schuld (gegen die Alleinschuld) am Kriege,
2. Anerkennung des christlichen Staates, der christlichen Jugenderziehung, insbesondere der konfessionellen Schule,
3. Im Interesse der Produktionssteigerung, Sicherung des Arbeitsfriedens und der Förderung einer gegen den Klassenkampf gerichteten Arbeitsgemeinschaft,
4. Endgültige Abkehr vom Wege der Zwangswirtschaft und ihren mittelstandsfeindlichen Wirkungen,
5. Schutz der nationalen Erzeugung unter **paritätischer Berücksichtigung** der [illegible] **Berufsstände.**

Der neue Stern am Horizont.

Mussolini über Deutschlands Wiedererwachen.

In seiner mit großer Spannung erwarteten Rede in Mailand sprach Mussolini auch recht beachtenswerte Worte über Deutschland: „Schon ist ein neuer Stern am Horizont aufgegangen, der Stern Deutschlands. Was wir zersplittert wähnten, hält sich. Überall spürt man seine Gegenwart. Er rüstet gewaltig zu seiner wirtschaftlichen Wiedergeburt. 1925 wird der Kampf um die Eroberung der Märkte einsetzen. Glaubt man denn wirklich bei uns, man könne mit internen Kindereien sich zu diesem Kampf rüsten, der uns vielleicht schon morgen vor die Frage stellt, ob wir eine Kolonie werden oder eine Großmacht bleiben wollen?"

Dieses Erwachen der deutschen wirtschaftlichen Wiedergeburt als gedanklicher Schluß der Rede Mussolinis hat in Mailand in diplomatischen Kreisen einiges Erstaunen hervorgerufen. Man bringt sie mit den bevorstehenden Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Handelsvertrag in Verbindung, wenn sie auch zum Teil auf Konto einer „captatio benevolentiae" der oberitalienischen Industrie zu setzen sein dürfte, die der Regierung etwas entfremdet ist, und in deren Kreisen die Furcht vor einem deutschen wirtschaftlichen Aufstieg immer wieder wachgerufen wird.

*

Ein zweites wichtiges Dokument, das die deutsche Gesundung anerkennt, erschien kürzlich in Japan.

Das japanische Blatt „Osaka Mainichi", ein führendes Organ der ostasiatischen Presse, beschäftigt sich im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Dawesplanes mit der Lage in Deutschland und schreibt, daß Deutschlands **bevorstehender politischer und wirtschaftlicher Aufstieg von großem Einfluß auf die Weltlage** sein werde. Wie durch ein Wunder hätte Deutschland die schwierige außenpolitische und wirtschaftliche Krise überstanden, und **Deutschlands Wiedergeburt erheische die ernste Aufmerksamkeit** der japanischen politischen und wirtschaftlichen Welt. Der deutsche Haushalt balanciere, der Wechselkurs sei stabilisiert und die Währung befinde sich auf gesunder Grundlage. **Das sei ein schlagender Beweis von der ungeheuren geistigen sowie materiellen Tat- und Schaffenskraft der Deutschen.**

Auf die wirtschaftliche Lage übergehend schreibt das Blatt, daß sich die Industrie, besonders die Schiffahrt- und Baumwollindustrie, von der schweren Krise ebenfalls erholt hätte. Die Zahl der Arbeitslosen sei im Abnehmen begriffen. Der Dawesplan sehe eine gewisse internationale Kontrolle über Eisenbahnen, Industrie und die Reichsbank vor; Rathenau und Stinnes aber hätten die verschiedenen Zweige der Industrie so gut organisiert und vereinigt, daß die internationale Kontrolle der weiteren industriellen Entwickelung keinen Abbruch tun könnte. Die Einnahmen der Reichsbahn hätten sich im Vergleich zu Vorkriegszeiten nicht vermindert; das Eisenbahnmaterial dagegen hätte eine beträchtliche Vermehrung erfahren.

„Wohl kaum in der Geschichte der Völker" — so schließt der japanische Verfasser seine Ausführungen — „wurde ein mächtiges Volk in ähnlich drückende Fesseln gelegt wie das durch einen ehrenvollen Kampf mit der ganzen Welt erschöpfte Deutschland. **Durch seine unerhörte Arbeitskraft und geistige Tüchtigkeit habe der Deutsche aber seine Gegner auf friedlichem Wege davon überzeugt, daß man selbst durch die ausgeklügeltsten Paragraphen ein lebensstarkes Volk nicht ewig niederhalten kann.**"

Die russische Politik im fernen Osten.

(Von unserer Warschauer Redaktion.)

M. **Warschau,** 8. Oktober. Eine hiesige Korrespondenz meldet aus Moskau, der russische Gesandte in Peking, Karachan, habe sich Pressevertretern gegenüber geäußert, daß die russische Politik im fernen Osten sich neuer Erfolge rühmen könne. Im Verlauf von vier Monaten, seitdem durch die Sowjets das Abkommen mit der chinesischen Regierung über die ostchinesische Bahn unterzeichnet worden ist, konnte das Abkommen nicht verwirklicht werden, weil der Diktator der Mandschurei, Tsang-tso-lin, es nicht anerkennen wollte. Doch ist am 20. September eine Verständigung mit dem Diktator erfolgt, die es ermöglicht, daß das Abkommen ins Leben tritt. Es wurde ein neuer Eisenbahnrat gebildet, der sich aus 5 Russen und 5 Chinesen zusammensetzt. Zum Obersten Direktor wurde ein Kommunist berufen. Karachan unterstreicht, daß die Sowjetregierung gegenwärtig mit festem Fuß im fernen Osten auf denjenigen Positionen tätig sei, die der Imperialismus nicht erlangen konnte. Das Einlenken Tsang-tso-lins ist verspielte Ententediplomatie. Hier haben alle Hoffnungen getrogen, die man auf den japanischen Einfluß gesetzt hat, dem der Diktator unzweifelhaft ausgesetzt war. Karachan hebt den großen Materialgewinn hervor, der der Sowjetregierung durch die Beherrschung der ostchinesischen Bahn wird. Die Werkstätten und das technische Material werden nach den bescheidensten Schätzungen auf eine halbe Milliarde Goldrubel berechnet.

Auf dem Direktionsgebäude und auf dem Generalkonsulat in Charbin wurde demonstrativ die rote Fahne gehißt. Am 5. d. M. hat die erste Aufsichtsratssitzung stattgefunden, an der auch der sowjetrussische Konsul in Mukden, Rosenberg, teilnahm.

Frankreich und Rußland.

Paris, 6. Oktober. PAT. Bei Besprechung der Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland, die gegenwärtig in einer besonderen Kommission behandelt wird, welche unter dem Vorsitz eines Senators tagt, schreibt der „Excelsior": Die Frage der Anbahnung von Beziehungen mit den Sowjets scheint eine Frage der Zeit und der Formel zu sein. Die Tendenzen der erwähnten Kommission dürften etwa folgende sein: Wenngleich im gegenwärtigen Augenblick die Anbahnung von Beziehungen mit Rußland nicht wahrscheinlich erscheint, so ist es doch wichtig, in Moskau einen Vertreter zu haben, der die französischen Interessen in Rußland wahrzunehmen hätte. Was die früheren russisch-französischen Beziehungen anbelangt, so hält die französische Delegation an dem Standpunkt fest, den in dieser Frage die französische Regierung eingenommen hat, nichts destoweniger aber müßte sich Frankreich für die Zukunft jegliche Bewegungsfreiheit sichern. Die Verhandlungen in der Frage des Abschlusses eines modus vivendi würden durchaus nicht den Gefühlen vorgreifen, welche die französische Regierung gegenüber Rußland hegt. Es scheint, schreibt das Blatt, daß die französische Regierung ihren Beschluß auf Nichtanerkennung der Sowjets nur dann fallen läßt, wenn der sowjetistische Organismus eine besondere zu diesem Zweck einberufene Konstituante sanktioniert wird, was verschiedene Kreise der russischen Emigration befürchten.

Weltfriedenskongreß in Berlin.

Im Plenarsitzungssaal des deutschen Reichstages in Berlin fand die eigentliche Eröffnungssitzung des 23. Weltfriedenskongresses statt. Senator Lafontaine-Belgien führte aus: Aufgabe des Kongresses sei es, zu prüfen, ob die von den Diplomaten in Genf ausgearbeiteten Vorschläge, die diesen Zielen dienen sollen, wirklich geeignet sind, zukünftige Kriege zu verhindern. Die versprochene teilweise Abrüstung sei nur ein bescheidener erster Schritt und müsse von einer wirtschaftlichen Abrüstung begleitet sein, denn die Zollschranken bildeten eine beständige Ursache von Konflikten. Eine einheitliche Zollunion der Welt müsse angeregt werden. Der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, der frühere Unterrichtsminister Buisson, gedachte der für die Sache des Friedens gefallenen Märtyrer und feierte Jaurès als den größten Franzosen seiner Zeit. Frau Pethic-Lawrence-England überbrachte die Grüße der englischen Friedensfreunde.

Sodann begrüßte der Vorsitzende Lafontaine Frithjof Nansen. Nansen dankte für den ihm bereiteten herzlichen Empfang. Die Genfer Arbeiten bedeuteten einen großen Schritt vorwärts. Schwer sei die Zeit der letzten Jahre gewesen. Für Deutschlands Bewohner vielleicht noch schwerer als für die anderer Länder. Jetzt sehe man jedoch die Morgendämmerung. Er glaube, daß die Sonne auch wieder einmal über dem Abendlande emporsteigen werde. Der Tag, an dem Deutschland seinen Sitz im Völkerbunde zum Schutze des gemeinsamen Friedens und seiner eigenen Interessen einnehmen werde, werde ein großer Tag sein. Die deutsche Kultur wolle niemand vermissen, sie habe noch große und hohe Aufgaben zu erfüllen. Mit dem Hinweis, daß dieser Tag bald kommen möge, schloß der Redner seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Der frühere deutsche Reichstagspräsident Loebe gedachte Ludwig Franks, Jaurès', Wilhelm Försters, Hans Paasches, Erzbergers, Rathenaus und führte dann u. a. aus, die Veteranen der Friedensbewegung könnten jetzt erkennen, daß ihre Saat aufgehe und die Wahrheit marschiere. Er schloß mit der Forderung: „Hinein in den Genfer Völkerbund! Hinein in das Genfer Abrüstungsabkommen!"

In der ersten Plenarsitzung, in der mitgeteilt wurde, daß Reichspräsident Ebert eine Abordnung des Kongresses empfangen werde, berichtete Senator Lafontaine-Belgien über die Ergebnisse der Völkerbundtagung in Genf. Der bekannte deutsche Graf Keßler, der als „Beobachter" in Genf weilte, führte aus, die schwebenden Probleme seien in Genf der Lösung nähergebracht worden.

*

Die Pazifisten in Potsdam.

Der französische Professor Basch von der Pariser Sorbonne, der am pazifistischen Kongreß teilnahm, sollte in Potsdam eine Rede halten. Die deutschen nationalen Verbände hatten einen Aufruf erlassen, in dem die Möglichkeit des Auftretens des französischen Professors als Schande für Potsdam bezeichnet wird, und angekündigt, daß sie mit Gewalt die Vorlesung verhindern werden. Der Polizeipräsident hatte daraufhin angesagt, daß er den französischen Professor werde in Schutzhaft nehmen müssen, um Unruhen vorzubeugen. Basch erklärte, daß er sich im Falle seiner Verhaftung bemühen werde, daß man ihn im Schlosse Sanssouci in dem Zimmer unterbringen, das einst Voltaire bewohnte.

Die deutsche Liga für Menschenrechte hatte den großen Saal des Potsdamer Konzerthauses gemietet. Als der Besitzer erfuhr, daß der Franzose Basch reden sollte und daß die Potsdamer Veranstaltung einen ostentativen Ersatz für eine verbotene Münchener Kundgebung bilden sollte, focht er den Vertrag wegen Täuschung an und trat von ihm zurück. Trotz einer durch die Friedensgesellschaft veranlaßten einstweiligen Verfügung des Landgerichts sperrte der Besitzer des Konzerthauses sein Gasthaus mit Ketten. Auch die anderen Besitzer der großen Säle gaben ihre Räume nicht her. So mußte Prof. Basch, wie berichtet, in dem räumlich beschränkten Gewerkschaftshaus der U. S. P. D.-Potsdam sprechen.

Die Versammlung nahm einen ungestörten Verlauf, obwohl die rechtsradikalen Verbände angekündigt hatten, daß sie die Versammlung unter allen Umständen verhindern würden. Die Schutzpolizei hatte sehr umfangreiche Maßnahmen getroffen und zerstreute mühelos Menschenansammlungen vor dem Gewerkschaftshaus, wo Basch sprach. Teilweise hatten die Kundgebungen, die sich in der Hauptsache gegen die Zulassung dieser Versammlung und den Vortrag des Professors Basch wandten, auch antisemitischen Einschlag. An einigen Stellen mußten die Polizeibeamten von den Gummiknütteln Gebrauch machen. Im Gewerkschaftshaus selbst waren von unbekannter Hand Stinkbomben gelegt worden.

Eine gleichlaufende Versammlung, besonders für Mitglieder des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" fand in Beckers Gasthof in der Lindenstraße statt. Auch diese verlief ruhig. Nur vor den Türen kam es zu starken Ansammlungen und zu wiederholten Zusammenstößen zwischen der Schutzpolizei und Ruhestörern, sowie zwischen Stahlhelmleuten und Andersgesinnten.

Im Gerwerkschaftshause sprachen die Reichstagsabgeordneten Paul und Loebe, dann Professor Basch von der Sorbonne in Paris und der 83jährige Präsident der französischen Liga für Menschenrechte Buisson. Sämtliche Reden, die in der Aufforderung gipfelten: „Deutschland und Frankreich, vereint Euch im Völkerbund!" wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Als die Versammelten auseinandergingen, sangen sie die Internationale. Auf der Straße hielten 500 Schutzpolizisten die Ordnung aufrecht. Die Teilnehmer an der Kundgebung gelangten ungefährdet zum Bahnhof. Auch die Abfahrt erfolgte ungehindert und um 11 Uhr nachts zeigte Potsdam wieder sein gewöhnliches ruhiges Aussehen.

Über die Haltung der Potsdamer rechtsgerichteten Verbände liegen noch folgende Meldungen vor: Nachdem den rechtsradikalen Verbänden bekannt geworden war, daß Basch vor einer geschlossenen Gesellschaft sprechen würde, begab man sich zu einer Gegenversammlung, die in dem größten Saal Potsdams, dem Wirtshaus „Sanssouci", veranstaltet wurde. Es sprach dort General v. Bartenwerfer und stellte fest, daß das Ziel der Verbände erreicht sei, indem Professor Basch in keiner öffentlichen Versammlung zu sprechen Gelegenheit hatte. Frhr. v. Medem bedauerte vom Standpunkt der Frontsoldaten die Schutzpolizei, die entsprechend dem Befehl des Innenministers Severing den Schutz des Prof. Basch hat übernehmen müssen, und ermahnte zur Achtung der ihre Pflicht erfüllenden Schutzpolizisten. Der Redner schloß mit schweren Anwürfen gegen das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"; es wurde dann eine Entschließung angenommen, in der gesagt ist, daß die rechtsradikalen Verbände die Ehre Potsdams gewahrt hätten.

Japan erwartet einen neuen Weltkrieg.

Der soeben von einer Weltreise zurückgekehrte bekannte japanische Universitätsprofessor Sentaro Kageyama erklärte, er habe auf seiner Europareise den Eindruck gewonnen, daß ein neuer Weltkrieg unvermeidlich **sei. Die Londoner Konferenz, sagte Kageyama, bringt nur** eine vorübergehende Beruhigung im Sturmzentrum Zentral-Europas. Sobald die einzelnen Länder ihren früheren Wohlstand wiedererlangt haben werden, werden sie die erste günstige Gelegenheit benutzen, um ihre Wünsche durchzusetzen. Die nationalistische Welle, die jetzt in ganz Europa stark fühlbar ist, verstärkt die vorhandenen Spannungen.

Wenn die Katze nicht zu Hause ist . . . .

Der Präsident Mexikos in Paris — Aufstand in Mexiko.

Der mexikanische Präsident Calles ist am Sonnabend vormittag mit Töchtern, Söhnen und Schwiegertochter von Berlin kommend in Paris eingetroffen. Er wurde am Nordbahnhof von Vertretern des Präsidenten Doumergue und des Ministerpräsidenten Herriot sowie von den in Paris wohnenden Mexikanern begrüßt. Präsident Calles hat darauf im Elysee und am Quai d'Orsay seinen Besuch abgestattet.

Unterdessen wird aus Mexiko ein

neuer Aufstand

gemeldet. Diesmal handelt es sich um eine Empörung einer Gruppe von Militärs gegen das Resultat der jüngsten Präsidentschaftswahlen, die zur Wahl des Generals Calles führten.

Fünftausend Mann der mexikanischen Armee unter dem General Marcel Carevco sollen sich im Staate Durango gegen die Bundesregierung erhoben haben. General Genovevo Delac, Kommandeur von Morelos, steht an der Spitze von zweitausend Soldaten und zieht nach Durango, um sich General Carevco anzuschließen.

In Mexico City soll über diesen neuerlichen Aufstand große Aufregung herrschen, um so mehr, als man annahm, daß mit dem Rücktritt des Präsidenten Obregon und dem Amtsantritt des bereits erwählten neuen Präsidenten General Calles, die durch die letzte Revolution unter Huerta noch aufgeregten Gemüter der verschiedenen Parteien beruhigt würden und das Land der ruhigen Tätigkeit wiedergegeben werde. Die Bundesregierung trifft nach hier eingelaufenen Meldungen alle Anstalten, um die neue Insurrektionsbewegung im Keime zu ersticken, doch bleibt das Resultat ihrer Bemühungen noch abzuwarten.

Republik Polen.

Polen und die Baltenstaatenkonferenz.

Warschau, 7. Oktober. Außenminister Skrzyński hielt mit dem polnischen Gesandten Filipowicz in Finnland und Lados in Estland, die zu diesem Zwecke nach Warschau gekommen sind, Beratungen ab, in denen man sich mit der demnächst in Helsingfors stattfindenden baltischen Konferenz beschäftigte. Polen wird bekanntlich an dieser Konferenz teilnehmen. Die litauische Regierung soll, wie bereits berichtet wurde, die Teilnahme an der Konferenz abgesagt haben.

Der künftige polnische Gesandte in Prag.

Wie aus Warschau gemeldet wird, erhält sich im Zusammenhange mit den Nachrichten über die neuen Handelsverträge zwischen der Tschechoslowakei und Polen in den dortigen parlamentarischen Kreisen die Version, daß die ernstesten Aussichten auf den Gesandtschaftsposten in Prag gegenwärtig Prof. Ketrzyński hat, der durch seinen neutralen Standpunkt gegenüber der Tschechoslowakischen Republik sowie durch sein aufrichtiges Interesse für die tschechoslowakisch-polnische Verständigung bekannt ist.

Neue Gesetzentwürfe.

M. **Warschau,** 8. Oktober. Um die Pulver- und Munitionsfabrikation in Polen zu steigern und das polnische Heer von ausländischen Fabriken unabhängig zu machen, beabsichtigt man, mit Hilfe neuer Gesetzentwürfe den Erfordernissen der Kriegsmacht gerecht zu werden. Handelsminister Kiedron hat sich an den Sejmmarschall gewandt und gebeten, die betreffenden Gesetze im Sejm schnellstens durchzubringen.

Der Bau des polnischen Munitionslagerplatzes im Danziger Hafen.

Danzig, 7. Oktober. PAT. Der Bau eines polnischen Munitionsbehälters im Danziger Hafengebiet ist bereits in Angriff genommen worden. Vor allem ist man darangegangen, ein Zweiggleis in Länge von zwei Kilometern zu bauen, das den Behälter mit der Haupteisenbahnlinie verbinden soll. In den nächsten Tagen werden die Arbeiten am Bau des eigentlichen Behälters beginnen. Zum Schutze der Vorstadt wurde die Südseite des Behälters durch einen Schutzwall in Höhe von 10—12 Meter abgegrenzt.

Der Ausklang des Überfalls von Luniniec.

Warschau, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verfolgung der Aufrührer, die den Überfall auf einen Personenzug bei Luniniec verübt haben, ist beendet. Zehn Männer, die angeblich nachweisbar an dem Überfall teilgenommen haben, sind dem Standgericht übergeben worden. Nachrichten, die besagten, daß sich in den Wäldern neue Banden gezeigt haben, entsprechen nicht den Tatsachen.

Der neue Wojewode von Polesie, Młodzianowski, wird am Freitag nach seinem neuen Tätigkeitsgebiet abreisen.

*

M. Zum Präsidenten des allerhöchsten Gerichts in Warschau soll Alexander Mogilnicki ernannt werden.

Von angeblich gut unterrichteter Seite verlautet, daß die deutsche Regierung den Vorschlag gemacht habe, zunächst ein provisorisches Handelsabkommen zwischen Deutschland und Polen zu treffen.

M. Der erste Transport mit 2-Złoty-Silbermünzen aus Amerika ist bereits nach Polen abgeschickt und soll hier am 11. oder 12. eintreffen.

M. Der nächste internationale Landwirtschaftskongreß wird, wie aus Bern gemeldet wird, in Warschau stattfinden.

Deutsches Reich.

Die neue Verfassung der Evangelischen Kirche.

Mit dem 1. Oktober ist die neue Verfassung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union nunmehr in Kraft getreten. Der evangelische Landeskirchenausschuß hat aus diesem Anlaß eine Kundgebung erlassen, in der er die besondere Eigenart der neuen Verfassung kennzeichnet. Es heißt darin u. a.: „Der Selbstverwaltung in Gemeinden, Kirchen, Kreisen und Provinzen läßt die Verfassung weiteren Spielraum; sie ruft mit erhöhtem Nachdruck die Freiwilligkeit der Mitglieder der Kirche zur Mitarbeit auf ohne Unterschied des Standes und gibt auch den Frauen neue Rechte und Pflichten.

250 000 deutsche Rundfunkteilnehmer.

Auf dem ersten deutschen Radiokongreß im „Auditorium maximum" der Berliner Universität machte Staatssekretär Dr. Bredow interessante Ausführungen über die Bedeutung des Rundfunks:

Pommerellen.

9. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Von der Weichsel.** Am Dienstag kam der Seitenraddampfer „Stanislaus Konarski“ mit einem aus fünf Fahrzeugen bestehenden Schleppzuge aus Danzig. Nur ein Fahrzeug war beladen, während die anderen oben Ladung nehmen werden. Der Schlepper hatte Dockladung, nahm im Schulzschen Hafen Kohlen ein und dampfte Mittwoch früh weiter. Ein zweiter Schleppzug, der nur aus drei Fahrzeugen bestand, kam stromauf und dampfte gleich am Dienstag ohne Aufenthalt weiter. Im Hafen liegt nur der Dampfer „Grudziądz“ der Strombauverwaltung. *

□ **Der Mittwoch-Wochenmarkt** war gut beschickt, und besonders war Gemüse und Obst stark vertreten, auch Kartoffeln und Butter reichlich. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 2,0—2,20, Eier 2,30—2,50, Glumse 30, Kartoffeln 3,0—3,50 (man verlangte auch 4,0, wartete dann aber meist vergeblich auf Käufer). Gemüsepreise wie sonst. Äpfel 5—25, Birnen 5—30, blaue Pflaumen 15, Tomaten 35, Rehfüßchen 20. Der Fischmarkt zeigte reiche Auswahl. Aal kam auf 1,80—2,20, junger Aal 1,80, Zander 1,60, Schleie 1,50, Hecht 1,50, Barsche 60—1,0, Karausche 1,0, Plötz 50, Bressen 1,0, Wels 1,20. Geflügel war auf den verschiedenen Märkten sehr reichlich vertreten. Leider läßt die Qualität des geschlachteten Geflügels viel zu wünschen übrig. Bei der Knappheit und dem hohen Preise des Futtergetreides schlachten die Landleute viel Geflügel vorzeitig ab und bringen es zum Verkauf. Es wurde gezahlt für junge Tauben 1,0 (Paar), Bratenten gerupft 1,0 (Pfd.), Bratgänse gerupft 0,80 (Pfd.), Enten lebend 3—5, Gänse lebend 7,0 bis 9,0. Die Zufuhr an Hasen hat zugenommen. Man zahlt für den Hasen 4,5 Zł. Besonders werden Hasen von Händlern für die Ausfuhr nach Danzig gekauft. Die Beschickung des Fleischmarktes hat etwas nachgelassen. Es wurde gezahlt für Schweinefleisch 1,0, Rindfleisch 70—80, Kalbfleisch 80—90. Die kleine Einspännerfuhre Kleinholz (Hartholz) wurde mit 13,0 bezahlt. *

□ **Der Mittwoch-Schweinemarkt** zeigte keine Änderung in der Beschickung und in den Preisen. *

e **Die gärtnerischen Anlagen.** Von der Stadtverwaltung ist in den letzten Jahren für die Pflege mancher städtischen gärtnerischen Anlagen viel getan worden. Besonders der Stadtpark ist das Schoßkind der Gartenverwaltung. Andere gärtnerische Anlagen kann man aber ohne jede Übertreibung als Stiefkinder bezeichnen. Schon mehrfach mußte auf die verwilderten und zerstörten Anlagen an der alten Stadtmauer und Trinke hingewiesen werden, die früher Prunkstücke mitten im Herzen der Stadt waren und besonders für den vielbeschäftigten kleinen Handwerker, dem es die Verhältnisse nicht gestatten, sich nach Feierabend umzuziehen und einen Spaziergang nach dem Stadtpark zu machen, ein Erholungsplätzchen boten. Heute kann es niemand dorthin ziehen. Noch böser ist es aber, wenn der Hauptanziehungspunkt unserer Stadt, den gewöhnlich die meisten Fremden, welche die Stadt besuchen, sehen wollen, der Schloßberg, nicht so gehalten wird, daß der Besucher auch daran seine Freude haben kann. Die von der Stadt hinaufführende Treppe ist vom „Zahn der Zeit“ schon recht stark mitgenommen. Der Kalk geht aus den Fugen und die Steine bröckeln ab. Eine sorgfältige Instandsetzung durch das Stadtbauamt wäre wohl recht angebracht, und besonders wäre etwas mehr Sauberkeit und Ordnung erwünscht. Der unterhalb des Weinbergrestaurants am Berge entlangführende Gang war früher sauber geharkt und vom Unkraut rein gehalten. Heute ist es anders, aber nicht besser. Auf dem Berge selbst begann der von Naturholz hergestellte, am Abhange entlang führende Schutzzaun schon vor Jahren schlecht zu werden. Statt des geschälten Eichenholzes verwendete man kieferne Knüppel. Es ist zwar ein Notbehelf, aber schön ist es nicht, und auch nicht dauerhaft. Schon wieder sind die Hölzer morsch und hier und da zeigt sich eine Lücke im Zaun. Der anhaltende Regen hat auch manchen Schaden verursacht. Die z. T. recht steilen Stufen sind ausgespült. Hin und wieder sind tiefe Löcher ausgerissen, die den Passanten gefährlich werden können. Etwas mehr Sauberkeit und Ordnung gebührte diesem schönen Fleckchen Erde, von dem man Fernblicke bis weit nach Neuenburg, Schwetz und Culm über die gesegnete Weichselniederung hinweg hat. *

Vereine, Veranstaltungen ic.

An dem **Blumen-Korso**, mit dem das **Strand- und Badefest** der **Deutschen Bühne Graudenz** am Freitag, den 10. Oktober, pünktlich 8 Uhr abends, eröffnet wird, werden alle hiesigen deutschen Vereine teilnehmen. Außer dem Bühnenorchester und einer Berufskapelle werden noch die Knopfsche Kapelle aus Schwetz und die Bodammersche Kapelle aus Hilmarsdorf mitwirken. Für die einzelnen Konkurrenzen werden Preise verteilt werden. Zwischen den Konkurrenzen werden die Tanzaufführungen der Tanzkünstlerinnen Irma Grünhagen, Hiesche Harder und Alli Fürst stattfinden. (21678 *

Thorn (Toruń).

‡ **Von der Weichsel.** In letzter Zeit hat der Wasserstand, abgesehen von einigen kleinen Schwankungen, sich fast ständig auf 0,60 Meter über Normal gehalten. — Am Dienstag trafen ein: Dampfer „Merkur“, mit einem leeren Kahn aus Dirschau kommend. Einige andere leere Kähne, die er von dort mitgebracht hatte, ließ er bereits in der Thorner Niederung zurück, wo sie Strauchwerk laden sollen. Von oberhalb kehrte Dampfer „Viktoria“ mit zwei Traften zurück. Zwei Traften schwammen stromabwärts weiter. **

‡ **Rekruteneinziehung.** Für die Thorner Garnison trafen in diesen Tagen aus allen Teilen der Republik neue Rekruten ein, die von Wachtkommandos von den Bahnhöfen abgeholt und nach den verschiedenen Kasernen geführt wurden. **

‡ **Wohltätigkeitsfest.** Am letzten Sonnabend veranstaltete der Unterstützungsverein „Humanitas“ in den Räumen des Deutschen Heims ein Wohltätigkeitsfest, dessen Erlös zum Besten unserer Armen bestimmt ist, die mit Beginn des Winters wieder einer besonders sorgenvollen Zeit entgegengehen. Der Aufforderung zur Teilnahme hatten Städter und Landleute aller Kreise so zahlreich Folge geleistet, daß der Saal überfüllt war. Nach den Konzertstücken einer kleinen Kapelle begrüßte Küster Wüstenhagen mit kurzen Worten die Erschienenen. Es folgten dann verschiedene Gesangvorträge, die der Männergesangverein „Liederfreunde“ unter seinem Dirigenten Otto Steinwender ausführte. Herr Steinwender und Herr Adolf Schulz erfreuten ferner durch einige Sologesänge. Den Abschluß bildete ein lustiger Einakter, von Vereinsmitgliedern und mehreren Mitgliedern der Deutschen Bühne dargestellt. Große Anziehungskraft übte eine reich beschickte Verlosung, die den glücklichen Gewinnern Preise, hauptsächlich in Lebensmitteln, brachte. Gegen Mitternacht trat der Tanz in sein Recht. Dank der zahlreichen freiwilligen Spenden in Geld und Naturalien von Mitgliedern und Gönnern ist der Verein in die Lage versetzt, vielen armen Mitbürgern Kartoffeln, Kohlen und noch anderes zum Winter spenden zu können. **

‡ **Selbstmord.** Ein 76jähriger Einwohner der Jakobs-Vorstadt, namens R., verübte am Dienstag Selbstmord, indem er Karbol trank. Die sofort benachrichtigte Rettungswache leistete die erste Hilfe und schaffte den mit dem Tode Ringenden sodann ins städtische Krankenhaus. Unterwegs gab er bereits seinen Geist auf. Die Selbstmordursache ist unbekannt. **

—* **Aus dem Landkreise Thorn**, 8. Oktober. Mit der Kartoffelernte ist man fast überall fertig, und fast jeder Landwirt ist mit dem Ertrag sehr zufrieden. — Leider sollen verschiedene Arten von Kartoffeln ziemlich stark faulen, und so sind manche Landwirte bemüht, diese Sorten noch schnell im Herbst zu verkaufen.

—* **Leibitsch** (Lubicz), Kr. Thorn, 8. Oktober. Endlich wird hier mit dem Neubau der Drewenzbrücke begonnen. Leider wird sie keine Zementpfeiler (wie bei Gollub), sondern gewöhnliche Holzpfeiler erhalten, mit deren Einrammen jetzt begonnen worden ist. — Die Chaussee Leibitsch—Thorn wird mit Kies befahren, um die Löcher, die durch den dauernden Regen entstanden sind, auszufüllen.

---

* **Karthaus** (Kartuzy), 8. Oktober. Zu der Mordtat bei Goręczyn ist noch folgendes zu melden: Am 4. Oktober d. J. wurde in den Mittagsstunden die 20jährige Barbara Radomska aus Abbau Goręczyn ermordet. Die Mordtat wurde auf dem Rückwege von Kartuzy auf einem öffentlichen Wege im Walde unweit Goręczyn durch zwei Hiebe mit einem scharfen Instrument in die Stirn und Schläfe begangen. Nach vollbrachter Tat schleppte der Mörder sein Opfer samt der von ihr eingekauften Ware zirka 80 Meter tiefer in den Wald und machte sich aus dem Staube. Nach langem ungeduldigen Warten suchten die Eltern ihre Tochter vergebens bei Bekannten und Verwandten. In Begleitung des Försters aus Dombrowo begaben sie sich Sonntag früh in den Wald, wo sie nach langem Suchen die Ermordete zwischen 7 und 8 Uhr fanden.

* **Konitz** (Chojnice), 8. Oktober. Heute vormittag fanden spielende Kinder auf dem vor dem Krankenhause neuangelegten Spielplatz die Leiche eines neugeborenen Kindes.

et **Tuchel** (Tuchola), 8. Oktober. Der Einkaufsverein, e. V. in Tuchel, eine Vereinigung der Kolonialwarenhändler der Stadt und des Kreises, Zweck: gemeinschaftlicher Einkauf aller in die Branche fallenden Waren, hat zu der am 14. d. M. stattfindenden Versammlung u. a. auf die Tagesordnung auch die Liquidation des Vereins gesetzt, und der Antrag wird jedenfalls zum Beschluß erhoben werden. Der Verein hat seine Aufgabe namentlich in der Kriegszeit voll und ganz erfüllt. Aus den umliegenden Kreisen hörte man in der Kriegs-Nachkriegszeit häufig die Klage, daß der oder jener Artikel monatelang nicht zu erhalten war; anders hier. Der Vorstand des Vereins sorgte bei der Berliner Zentrale dafür, daß die Mitglieder dem Publikum immer etwas bieten konnten. Nach der politischen Umstellung wurde das Geschäft erschwert, es kam die unheilvolle Inflationszeit, die der Verein noch überstand; aber die jetzige große Geldknappheit, die Steuerlasten, der Mangel an größerem Grundkapital, machen es dem Verein unmöglich, entsprechende Abschlüsse zu tätigen, zumal auch einige neu etablierte, vermögende Geschäftsleute außerhalb des Vereins stehen, die mit ihrer Geldkraft die lästige Konkurrenz erdrücken. — Die Tischlermeister Gr. in Koslinka und G. in Tuchel hatten je einen Lehrling eingestellt, Söhne eingewanderter Kongreßpolen im Kreise Schwetz. Bei dem erstgenannten Meister verschwand der Lehrling nach drei Monaten unter Mitnahme von Handwerkszeug und anderer Gegenstände. Der Lehrling bei dem zweiten Meister wurde schon am dritten Tage nach seinem Eintritt überführt, einem Mitlehrling aus dessen Koffer Bekleidungsstücke gestohlen zu haben.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

h. **Warschau**, 7. Oktober. Laut Informationen aus Börsenkreisen sind gefälschte Starachowice-Aktien in einer Anzahl von 165 000 Stück im Umlauf. Der Schaden beläuft sich auf etwa 500 000 Złoty. Im Sächsischen Garten, wo die sog. „Schwarze Börse“ residiert, wurden etwa 40 Personen angehalten. Man nahm ihnen die gefälschten Aktien ab und ließ sie hernach laufen. Die Ermittelungen sind sehr erschwert, da man bisher noch nicht die Spur der Fälscher gefunden hat. Die gestrige und heutige Börse stand (wie schon gemeldet) unter dem Einfluß der Entdeckung, daß Starachowice-Aktien gefälscht worden sind. Die echten Starachowice-Aktien sind deshalb in die Höhe gegangen, und zwar um etwa 60 Gr.

Aus der Freistadt Danzig.

Ein neues Polenblatt in deutscher Sprache.

Seit dem 1. d. M. erscheint unter dem Titel „Danzig am Mittag“ eine neue Zeitung in Danzig, die im Einzelverkauf nur 5 Pfg. kostet. Verantwortlich zeichnet für dieses Blatt ein gewisser Rudolf Gerber. Hinter diesem Mann mit dem deutschklingenden Namen soll aber, wie wir zuverlässig erfahren, der Chefredakteur des bekannten in deutscher Sprache gedruckten polnischen Propagandablattes „Baltische Presse“, Dr. Stefan v. Odrowac-Wysocke, stehen. Man hat es also allem Anschein nach mit einem neuen polnischen Propagandablatt zu tun.

Der durch seinen Deutschenhaß berüchtigte Chefredakteur der in polnischer Sprache in Danzig erscheinenden „Gazeta Gdańska“, Machalewski, ist dieser Tage aus der Redaktion ausgeschieden.

Die Nationalwirtschaftsbank in Polen.

Eine Unterredung mit ihrem Leiter.

Die vor kurzem von der Regierung ins Leben gerufene Nationalwirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Polskiego) hat in dem ehemaligen polnischen Finanzminister Dr. Jan Kanty Steczkowski einen Leiter erhalten, der sich bereits unter dem österreichischen Regime in der Wiener Finanzwelt eines großen Ansehens erfreute. Während des Krieges und der deutschen Okkupationsverwaltung wurde Dr. Steczkowski von der polnischen Regentschaft in Warschau zum Chef der ersten nationalen Regierung berufen. Im Jahre 1921 übernahm er als Nachfolger Grabskis das Finanzportefeuille im Kabinett Witos.

Wie wir soeben erfahren, hat sich der Präsident der Nationalwirtschaftsbank, Dr. Steczkowski, in einem längeren Gespräch mit dem Warschauer Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ über Zweck und Ziel seines neugegründeten Instituts sowie über die wirtschaftliche Lage in Polen wie folgt geäußert:

„Nichts charakterisiert vielleicht besser“, so begann Präsident Steczkowski seine Ausführungen, „das zielbewußte Streben des Premiers Grabski als die von ihm jüngst ins Leben gerufene Nationalwirtschaftsbank. Nach der in so beispiellos rascher Weise gelungenen Sanierung der Staatsfinanzen und Durchführung der Währungsreform mußte der innerpolitische Schwerpunkt sich gewissermaßen von selber auf das Wirtschaftsleben verschieben. Bedeutet doch die Gesundung des letzteren die Hauptvoraussetzung für eine dauernde Wirkung dessen, was auf finanzpolitischem Gebiet erreicht worden ist.“

„Welches sind Zweck und Ziel der neuen Bank?“ fragte der Wiener Journalist.

„Zunächst möchte ich“ — so gab der Präsident zur Antwort — „auf die Art ihres Entstehens hinweisen. Es handelt sich nämlich nicht um eine Neugründung im eigentlichen Sinn, vielmehr um die Zusammenlegung von drei staatlichen Bankinstituten: die ehemalige Galizische Landesbank, die Kriegskreditanstalt und das Kreditinstitut für die kleinpolnischen (galizischen) Städte. Durch diese Fusion soll eben den sonst unvermeidlichen Kompetenzkollisionen vorgebeugt und an Verwaltungsausgaben gespart werden. Nach ihren Satzungen und gemäß den Intentionen der Finanzverwaltung übernimmt die Nationalwirtschaftsbank nicht nur die Rolle eines Bankiers des Staates und der staatlichen Unternehmungen, sie soll vielmehr auch als ausführendes Organ der staatlichen Wirtschaftspolitik sich betätigen. In dieser ihrer Eigenschaft wird sie die markttechnische Durchführung der staatlichen Emissionen, die Verwaltung der im Staatsbudget für bestimmte wirtschaftliche Zwecke vorgesehenen Kredite und die Finanzierung der nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisierten Unternehmungen des Staates zu besorgen haben. Es harrt ihrer ferner die Organisierung des Geldkreditwesens, das namentlich in den östlichen Provinzen des Reiches noch völlig unzulänglich ist.

Auf diesem Gebiet wird es eben Sache der Nationalwirtschaftsbank sein, die Initiative in Hinsicht der Gründung von Sparkreditinstituten (Kommunal- und Bezirkssparkassen) zu ergreifen und ihnen weitgehende Kredithilfe angedeihen zu lassen. Auf privatwirtschaftlichem Gebiet hat unser Institut die Aufgabe, den kurz- und langfristigen Kredit auszubauen. Was den ersteren betrifft,

so ist die Nationalwirtschaftsbank befugt, alle Arten von Banktransaktionen im weitesten Sinn, einschließlich des Warenlombardkredits, zur Durchführung zu bringen. Der langfristige Kredit wird im Emissionsweg, also durch Pfandbriefe, Kommunal-, Eisenbahn- und Industrieobligationen, zur Regelung gelangen. Die auf hypothekarischer Sicherstellung basierten Emissionen werden die Staatsgarantie genießen. Aus dem dargelegten Charakter unseres Instituts ergibt sich aber, daß es auch bei dieser Banktätigkeit das öffentliche Interesse wird im Auge behalten und gegebenenfalls die Kreditgewährung an Privatunternehmungen an Bedingungen wird knüpfen müssen, die eine rationelle, den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen angepaßte Umgestaltung sowie eine weitgehende Verminderung der in der Inflationszeit so üppig in die Halme geschossenen Betriebskosten zum Zwecke haben werden. Pflicht der Bank und eine ihrer Hauptaufgaben ist es ferner, in der Organisierung des Wirtschaftslebens sowohl auf dem Gebiete der Produktion und des Handels als auch auf dem des Konsums schöpferisch voranzugehen.“

„Wie wird sich das Verhältnis zu den Privatbanken gestalten?“

„Die letzteren haben keinen Grund, die Konkurrenz unserer Bank zu befürchten, da diese kein Erwerbsinstitut im eigentlichen Sinn ist und in der Regel nur in Fällen eingreifen soll, wo die private Initiative sich als materiell unzulänglich erweist. Ja, noch mehr: es liegt in den Absichten unseres Instituts, die soliden Privatbanken zur Mitarbeit heranzuziehen und allmählich zur Bildung eines Blocks zu gelangen, der geeignet wäre, jene Aufgaben zu erfüllen, deren Grundvoraussetzung die gemeinschaftliche Kräfteanspannung bildet.“

„Hat die Nationalwirtschaftsbank seit ihrem kurzen Bestehen bereits die Möglichkeit gefunden, in das Wirtschaftsleben sanierend einzugreifen?“

„Da sie eben aus der Not der Zeit ins Leben gerufen worden ist, mußte sie auch unverzüglich ans Werk gehen. Es handelt sich ja um die krisenhaften Zustände in unserem Wirtschaftsleben, die ein rasches Eingreifen unbedingt erforderlich machten. Angesichts der sie charakterisierenden Geldknappheit, Produktionsstagnation und direkten Gefährdung von Unternehmen (auch Banken) galt es, durch Erteilung der nötigen Kredite das Durchhalten der Krise zu ermöglichen. In Fällen, wo diese Hilfeleistung sich als nutzlos erweisen würde, gelang es unserer Bank, teils Fusionierungen, teils stille Liquidierungen (namentlich von Nachkriegsunternehmen) herbeizuführen.“

„Wie stellt sich das wirtschaftliche Leben im gegenwärtigen Zeitpunkt dar?“

„Die Absatzmöglichkeiten unserer Industrie haben sich in jüngster Zeit zusehends gebessert, hingegen ist die Kredit-, Produktions- und Konsumkrise noch nicht überwunden. Sie wird erst schwinden, wenn das Kreditproblem gelöst und der Interessenkampf der Produktion, der Arbeit, des Konsums und nicht zuletzt der fiskalische des Staates zugunsten des allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunktes ausgefochten sein wird. Was insbesondere die Industrie betrifft, so ist eine rationelle Teilung der Produktion unerläßlich; es soll daher eine Gruppierung in der Weise erfolgen, daß Qualität und Billigkeit der Produkte sich auf einem entsprechenden Niveau erhalten. Gleichzeitig muß eine zweckdienliche Organisierung des Exports angebahnt und im Zusammenhang damit das unfachgemäße, bereits hypertrophisch emporgewucherte interne Vermittelungswesen durch Unterstützung des fachgemäßen Handels in die Schranken zurückgewiesen werden. Schließlich wird es Aufgabe der Nationalwirtschaftsbank sein, neue für den Staat unentbehrliche Wirtschaftsplätze zu schaffen, wobei in der Regel solide Privatbanken in entsprechendem Maß zur Mitarbeit herangezogen werden sollen.“

„Wovon ist, Herr Präsident, nach Ihrer Ansicht der weitere wirtschaftliche Gesundungsprozeß vornehmlich abhängig?“

„Es ist meine Überzeugung, daß er ohne Auslandskredite schwerlich wird vor sich gehen können. Denn Polen, das durch den Weltkrieg in furchtbarster Weise heimgesucht worden ist, hat bislang nur aus eigener Kraft sich wieder aufbauen müssen und ist eben infolgedessen sowie durch die Inflation seines Kapitals entblößt worden. Was uns daher gegenwärtig vor allem nottut, ist die Placierung unserer Anlagepapiere im Ausland. Ohne die solcherweise zu erlangenden, langfristigen Kredite kann nämlich von einer Wiederaufnahme der Bautätigkeit keine Rede sein, die für eine ganze Reihe von Industriezweigen geradezu den Lebensquell bedeutet, nicht minder aber in sozialer Hinsicht von höchster Wichtigkeit ist. Ebensowenig können ohne solche Kredite Industrie und Landwirtschaft zur normalen Entwicklung wiederkehren, da ihnen namentlich die Möglichkeit benommen ist, sich durch Anpassen an die nach dem Krieg völlig geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse konkurrenzfähig zu machen. Wohl sind wir uns dessen bewußt, daß die Erlangung von Auslandskrediten einesteils von der Herbeiführung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse in Mitteleuropa, anderseits von dem Vertrauen in unsere Kreditfähigkeit bedingt ist. Was nun aber dieses letztere betrifft, so kann ich meine Verwunderung darüber nicht verhehlen, daß es bislang noch immer kein solches ist, wie es der unbestrittene natürliche Reichtum unseres Landes und der von uns erbrachte Beweis unserer Widerstandskraft sowie unserer wirtschaftlichen Kultur zweifellos verdienen. Haben wir doch ohne fremde Hilfe unser Reich wieder aufgerichtet, den Ansturm vom Osten abgewiesen, die zerstörten Gebiete repariert, als Importeure und Exporteure uns auf den Auslandsmärkten eingebürgert und schließlich unsere Finanzen und unsere Valuta in Ordnung gebracht. Nur böser Wille oder völlige Unkenntnis unserer wahren Verhältnisse können daher unsere Kreditfähigkeit in Zweifel ziehen. Ein ganz besonders wichtiges Moment namentlich scheint von der Finanzwelt des Auslandes noch immer nicht nach Gebühr eingeschätzt zu werden: daß nämlich die wirtschaftliche Erstarkung Polens eine solche der am meisten gefährdeten Grenzen Zentraleuropas bedeutet und daß unser Land die natürliche Brücke zur wirtschaftlichen Eroberung jener Terrains darstellt, auf die das Kapital des Westens seinen Blick so verlangend richtet.“

Handels-Rundschau.

M. Polnisch-russischer Handelsverkehr. Warschau, 7. Oktober. Laut Informationen aus Kreisen, die mit russischen Handelsleuten in engen Handelsbeziehungen stehen, erfahren wir, daß der polnisch-russische Handelsverkehr in den letzten Monaten eine steigende Tendenz aufweist. Im Juni und Juli hat Rußland in Polen allerlei Artikel angekauft, so Cellulose (in Oberschlesien), Farben für Leder, Papier für Zigarettenhülsen, Schreibmaschinen, Sägen, Zucker u. a. im Werte von 700 000 Dollar. Der Belebung der beiderseitigen Handelsbeziehungen ist der Mangel an einer Handelskonvention außerordentlich schädlich. Die polnischen Handels- und Industriekreise bringen dem russischen Absatzmarkt größtes Interesse entgegen, zumal Polen aus Rußland allerlei Rohstoffe beziehen könnte. Es sind deshalb neuerdings verschiedene Handelskreise beim Handelsministerium vorstellig geworden und haben dringend geraten, mit Rußland so schnell als möglich geordnete Handelsbeziehungen aufzunehmen. Wenn Polen auf dem russischen Markte zu spät erscheint (es wird an die deutsche, tschechoslowakische, englische und italienische Konkurrenz erinnert), dann würde hierdurch dem polnischen Handel und der polnischen Industrie unermeßlicher Schaden erwachsen.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 8. Oktober. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 24,92, 25,05—24,80; Holland —, 203,25—201,25; London 23,12, 23,24—23,01; Neuyork 5,18½, 5,21—5,16; Paris 27,20, 27,33—27,07; Prag 15,50, 15,57—15,43; Schweiz 96,55, 100,05—99,05; Wien 7,32½, 7,35—7,28; Italien 22,60, 22,71—22,49. — Devisen: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen 8. Oktober Geld	Brief	In Billionen 7. Oktober Geld	Brief
Buenos-Aires . 1 Pes.	1,56	1,57	1,56	1,57
Japan . . . . . . 1 Yen	1,625	1,635	1,645	1,655
Konstantinopel 1 t. Pfd.	2,23	2,25	2,22	2,24
London . . 1 Pfd. Sterl.	18,69	18,78	18,635	18,775
Neuyork . . . . 1 Doll.	4,19	4,21	4,19	4,21
Rio de Janeiro 1 Milr.	0,475	0,485	0,475	0,485
Amsterdam . . 100 Fl.	163,19	164,01	162,99	163,81
Brüssel-Antw. 100 Frc.	20,00	20,10	20,10	20,20
Christiania . . 100 Kr.	60,05	60,35	59,85	60,15
Danzig . . . 100 Gulden	74,61	74,99	74,61	74,99
Helsingfors 100 finn M.	10,49	10,55	10,49	10,55
Italien . . . . 100 Lira	18,175	18,275	18,27	18,37
Jugoslavien 100 Dinar	6,085	6,115	5,985	6,015
Kopenhagen . . 100 Kr.	73,42	73,78	73,32	73,68
Lissabon . . 100 Escuto	—	—	—	—
Paris . . . . . 100 Frc.	21,89	21,99	21,99	22,11
Prag . . . . . . 100 Kr.	12,47	12,53	12,49	12,55
Schweiz . . . . 100 Frc.	80,20	80,60	80,125	80,526
Sofia . . . . . 100 Leva	3,06	3,08	3,065	3,035
Spanien . . . 100 Pes.	55,61	55,89	55,61	55,89
Stockholm . . . 100 Kr.	111,37	111,93	111,37	111,93
Budapest . . 100000 Kr.	5,42	5,44	5,44	5,46
Wien . . . . 100000 Kr.	5,915	5,940	5,915	5,940

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 8. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Rentenmark 134,039 Geld, 134,711 Brief; 100 Zloty 107,85 Geld, 108,40 Brief; 1 amerikanischer Dollar 5,6072 Geld, 5,6353 Brief; Scheck London 25,06½ Geld, 25,06½ Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,08½ Geld, 25,08½ Brief; Berlin 100 Billionen Reichsmark 133,465 Geld, 134,711 Brief; Zürich 100 Franken 107,48 Geld, 108,02 Brief; Paris 100 Franken 29,32 Geld, 29,48 Brief; Brüssel 100 Franken 26,83 Geld, 26,97 Brief; Warschau 100 Zloty 107,61 Geld, 108,14 Brief.

Züricher Börse vom 8. Oktober. Neuyork 5,22¼, London 23,30, Paris 27,25, Wien 73¾, Prag 15,52½, Italien 22,65, Belgien 25,00, Holland 203,25, Berlin 124¼.

Die Bank Polski zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zl., 1 Dollar, große Scheine 5,16 Zl., kleine Scheine 5,16 Zl., 1 Pfund Sterling 22,83 Zl., 100 franz. Franken 26,68 Zl., 100 Schweizer Franken 98,06 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Effektenbörse vom 8. Oktober. Bankaktien: Bank Kwilecki, Potocki u. Co. 1.—8. Em. 4,25. Bank Zw. Spół. Zarobk. 1.—11. Em. 6,25. — Industrieaktien: Bydgoska Fabryka Mydeł 1.—2. Em. 1,50—1,40. H. Cegielski 1.—9. Em. 0,55—0,60. Centrala Skór 1.—5. Em. 2,75. Goplana 1.—3. Em. 3,25. C. Hartwig 1.—6. Em. 0,75. Luban, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. 75,00. Dr. Roman May 1.—5. Em. 29,00—30,00. Papiernia, Bydgoszcz, 1.—4. Em. 0,45—0,40. Płótno 1.—3. Em. 0,40. Pneumatik 1.—4. Em. Serie B 0,25. Tendenz: ohne Änderung.

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 6. 10.—8. 10. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) **Weizen** 24,00—26,00 Złoty, **Roggen** 20,00 bis 22,50 Złoty, Futtergerste —,— Złoty, **Braugerste** 28,00—29,00 Felderbsen —,— bis —,— Złoty, Viktoriaerbsen —,— Złoty, Hafer 22,00—23,00 Złoty, Fabrikkartoffeln 3,50 Złoty, Speisekartoffeln 4,20—4,50 Złoty, Heu, lose — bis — Złoty, do. gepreßt —,— bis —,— Zl., Weizenmehl 70% (inkl. Sack) — bis — Złoty, Roggenmehl 70% (inkl. Sack) —,— bis —,— Złoty, Weizenkleie — Złoty, Roggenkleie 12,75 Złoty.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 8. Oktober. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. = Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung in Złoty.)

Roggen 21,50—22,50, **Weizen** 24,00—26,00, **Brauereigerste** 24,00 bis 28,00, Hafer 21,50—22,50, **Roggenmehl** (70% inkl. Säcke), 31,50 bis 33,50, **Roggenmehl** (65% inkl. Säcke) 35,75, **Weizenmehl** 40,50 bis 42,50, Roggenkleie 12,75, Weizenkleie 12,50, Eßkartoffeln 4,20 bis 4,40, Fabrikkartoffeln 3,45, Roggenstroh (lose) 1,60 bis 1,80, Roggenstroh (gepreßt) 2,80—3,00, Heu (lose) 5,50—6,50, Heu (gepr.) 7,80—8,80. — Tendenz: schwächer.

Danziger Getreidebörse vom 8. Oktober. (Nichtamtlich.) Weizen per Zentner 13,00—15,30 Gulden, Roggen per Zentner 12,50—14,30 Gulden, Gerste per Zentner 14,50—17,00 Gulden, Hafer per Zentner 9,80—11,80 Gulden, kleine Erbsen per Zentner 12,00—15,00 Gulden, Viktoriaerbsen per Zentner 15,00—19,00 Gulden, Weizenkleie per Zentner 8,50 Gulden, Roggenkleie 8,50 Gulden für pommerellische Ware. Raps ohne Handel.. Tendenz: fest. Weizenmehl 66proz. Ausm. 45,00—48,00 Gulden per Kg., Roggenmehl 65proz. Ausm. 35,00—37,00 Gulden per 100 Kg.

Berliner Produktenbericht vom 8. Oktober. Amtlicher Produktenbericht für 1000 Kg. in Mark ab Stationen. Weizen märkischer 240 bis 248, abgeschwächt. Roggen märkischer 244—250, etwas matter. Sommergerste 230—260; Winter- und Futtergerste 210—225, still. Hafer märkischer 189—197, still. Weizenmehl für 100 Kg. brutto einschl. Sack in Mark frei Berlin, feinste Marken über Notiz bezahlt, 34¾—37½, etwas matter. Roggenmehl 34¾—37½, etwas matter. Weizenkleie 14,75, still. Roggenkleie 13¼, still. Raps für 1000 Kg. ab Stationen 380—385, still. Leinsaat für 100 Kg. in Mark 440—450, still. Für 100 Kg. in Mark ab Abladestationen: Viktoriaerbsen 34—38, kleine Speiseerbsen 24—27, Futtererbsen 19—20, Peluschken 17—19, Ackerbohnen 20—22, Wicken 17—18, blaue Lupinen 14—15, gelbe Lupinen 16—19, Serradelle alte 15—17, neue 20—24, Rapskuchen 15,50—15,80, Leinkuchen 26—26,50, Trockenschnitzel prompt 11,20—11,50, Zuckerschnitzel 22—22,25, Torfmelasse 9,30—9,50, Kartoffelflocken 19,75—20.

Materialienmarkt.

Leder. Posen, 7. Oktober. Gegerbtes Sohlenleder pro Kg. 4,40—4,80, Boxkalf, schwarz, pro Fuß 2,20, Fahlleder 7,850, Möbelleder pro Kg. 2,20. Preise behauptet.

Textilwaren. Bielitz, 4. Oktober. Vigognegarn je nach Qualität 2,30—5,50 pro Kg., Jutegarn 1,48—1,82, Jutegewebe 2,00, Jutesäcke 2,10 Złoty.

Bielitz, 4. Oktober. 2/40 Kammgarn A Ia auf der Spule ohne Zoll 24,02 Schweizer Franken.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 8. Oktober. (Ohne Gewähr.) — Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm:

Rinder: 1. Sorte 96—98 Złoty, 2. Sorte 80 Złoty, 3. Sorte 60—64 Złoty. — **Kälber:** 1. Sorte 124—126 Złoty, 2. Sorte 110 bis 114 Złoty, 3. Sorte 96—103 Złoty. — **Schafe:** 1. Sorte 70—76 Złoty, 2. Sorte 60 Złoty, 3. Sorte 50 Złoty. — **Schweine:** 1. Sorte 136 Złoty, 2. Sorte 125 Złoty, 3. Sorte 108—112 Złoty. — Tendenz: Morgens lebhaft, später ruhig.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 8. Oktober in Krakau — 2,23 (—), Zawichost — (—), Warschau 1,01 (—), Plock 0,72 (—), Thorn 0,64 (—), Fordon 0,78 (—), Culm 0,78 (—), Graudenz 0,81 (—), Kurzebrak — (1,35), Montau 0,84 (0,88), Piekel 0,80 (0,83), Dirschau 0,66 (0,70), Einlage 2,00 (2,20), Schiewenhorst — (2,46) Meter. Din in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

„Durch den Versailler Vertrag haben wir unsere gesamten Kabelverbindungen verloren. Die Funktelegraphie ist die einzige Möglichkeit, uns mit den überseeischen Ländern zu verbinden. Nie ist seit dem Bestehen der Technik eine Erfindung so schnell in die Allgemeinheit übergegangen wie der Rundfunk. Wir haben in Deutschland bereits 250 000 Rundfunkteilnehmer, davon in Berlin allein 120 000. Die tägliche Steigerung beträgt in Deutschland annähernd 2000. Man kann also sagen, daß etwa eine Million Deutscher augenblicklich den Rundfunk hören. Diese Zahl wird sich in einem Jahre mindestens verdoppelt haben. Die endgültige Auswirkung des Rundfunks läßt sich heute noch nicht übersehen. Seit Gutenbergs Zeiten ist aber hier zum erstenmal die Möglichkeit gegeben, geistige Werte an Unzählige gleichzeitig zu übermitteln. Der Rundfunk wird schon in einigen Jahren eine vollständige Umwälzung in unserem Geistesleben zur Folge haben."

Der wahre Grund für die Verzögerung der Amerikafahrt des Z. R. 3.

Die tschechische „Prager Presse" läßt sich aus Berlin melden:

„Die Vorbereitungen für die Überfahrt des Zeppelin Z. R. 3 sind neuerdings verzögert worden. Es heißt, daß einige Neueinrichtungen der Meßmethoden und eine Trockenlegung des ganzen Luftschiffes nötig wären, das bei der letzten Rundfahrt zu viel Regenwasser aufgenommen hatte. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß nach Ablieferung des Zeppelin Z. R. 3 die Luftschiffhalle in Friedrichshafen gemäß dem Friedensvertrage abgerissen werden muß und man bemüht ist, diesen Zeitpunkt, der erst nach der Landung in Amerika fällig wird, möglichst weit hinauszuschieben." —

Vermutlich ist das Beneschorgan von dieser Verzögerung wenig erbaut. Wenn man selbst keinen Zeppelin bauen kann, will man auch den Barbaren diese Kunst unmöglich machen. So verlangt es wenigstens der oft betonte Grundsatz der „Heiligkeit der Verträge", zu deren Problematik auch der Abbruch eines der größten Werke der modernen Zivilisation gehört, dessen Rettung durch einen amerikanischen Einspruch noch immer erhofft werden kann.

Polnische Stimmen zum Wahlergebnis in Deutsch-Oberschlesien.

Wie uns unsere Warschauer Redaktion mitteilt, veröffentlichen einige Warschauer Blätter Korrespondenzen aus Berlin, in denen man sich mit dem Wahlausgang in Oberschlesien befaßt. Es wird zugegeben, daß die polnischen Kreise mit großer Freude die Ungültigkeitserklärung der Maiwahlen begrüßt haben. Hofften sie doch bei Neuwahlen einen großen Stimmengewinn zu erlangen und dort wenigstens einen Abgeordneten durchzubringen. Dann wären ihnen durch die Reichsliste möglicherweise noch zwei Sitze zugefallen. Obwohl man ein soziales Programm aufgestellt hatte, sei es doch nicht gelungen, die breiten Massen für sich zu gewinnen. Auch habe es an Agitationsgeldern gefehlt. Höhnisch wird dann bemerkt: „Am besten wäre es gewesen, wenn man jedem Wähler ein Paar Stiefel und einen Laib Brot geschenkt hätte." Zum Schluß wird gegen die Geistlichkeit geschimpft, weil diese die Polnische Volkspartei mit den Kommunisten und Umstürzlern identifizierte.

*

Der polnische Vizekonsul Ripa in Allenstein, dessen ominöse Attentatsaffäre viel Staub aufwirbelte, ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger soll Dr. Zawada in Lyck bestellt werden.

Aus anderen Ländern.

Ein Moskauer Weltkongreß-Projekt.

Der „Ost-Expreß" meldet aus Moskau:

In einem gegen den Völkerbund gerichteten polemischen Artikel eines prominenten diplomatischen Mitarbeiters der „Prawda", der sich hinter dem Pseudonym Marco Polo verbirgt, wird der Standpunkt der Sowjetregierung zu den Schiedsgerichts- und Abrüstungsfragen ausführlich dargelegt. Jede schiedsrichterliche Entscheidung und alle Exekutionen und Zwangsmaßnahmen des Völkerbundes gegen irgendwelche Staaten lehnt die Sowjetregierung grundsätzlich ab, da sie der Ansicht ist, daß solche in der Praxis doch nur ein Vorgehen der starken Mächte gegen die kleinen und schwachen Nationen bedeuten würden. Dagegen vertritt der Sowjetbund den Standpunkt, daß ein Weltkongreß aller Staaten mit gleichen Rechten für alle und unter Hinzuziehung der Kolonialvölker einberufen werden müßte. Von einem solchen Kongreß könnte eine Eindämmung der Machtgelüste der imperialistischen Großstaaten wohl erreicht werden, mehr sei wenigstens bei der heutigen Weltlage nicht zu erreichen. Ferner halte die Sowjetregierung es für sehr wohl möglich, schon jetzt, und zwar unter Verzicht auf jeden Garantiepakt, in allen Staaten mit Rüstungseinschränkungen zu beginnen.

Eine Moldau-Republik.

M. **Warschau**, 7. Oktober. Aus Kiew wird gemeldet, daß die russische Regierung große Anstrengungen macht, um das Projekt der Bildung einer Moldau-Republik am Dnjestr in die Wirklichkeit umzusetzen. In Odessa ist ein spezieller Beauftragter der Sowjetregierung eingetroffen, der in dieser Angelegenheit Verhandlungen mit den ukrainischen Machthabern einleitete.

Donkosaken und Grusier.

Die „Chicago Tribune" meldet, daß sich der ganze Kaukasus bis Rostow und Astrachan im Aufstande gegen die Sowjets befindet. Nach den letzten Meldungen haben die Aufständischen in Kuban mit Hilfe von Donkosaken die Herrschaft an sich gerissen. Außerdem haben sie Jekaterinodar besetzt und beschießen die Kriegsschiffe der Sowjetflotte. Ein großer Teil von Aserbeidschan revoltiert ebenfalls. Eine Eisenbahnbrücke wurde zerstört. Die revolutionären Verbände im Kaukasus haben die Generalmobilisierung angeordnet.

Riesenpleite in Wembley.

Aus London wird der „Montagspost" gemeldet: Die Sensation des Tages ist die Feststellung, daß die Reichsausstellung in Wembley mit der größten Pleite abschließen wird, die eine Ausstellung jemals erlebt hat. Das Defizit, das gedeckt werden muß, wird im günstigsten Falle auf vier Millionen Pfund Sterling geschätzt. Wahrscheinlich wird es aber höher sein und ca. sechs Millionen Pfund (120 Millionen Goldmark) betragen. Zur Deckung dieses Defizits ist ein ganz kleiner Garantiefonds vorhanden, der nur annähernd eine Million Pfund beträgt. Man führt den Mißerfolg auf das schlechte Wetter und auf die Unmöglichkeit, die Ausstellung am Sonntag offen zu halten und auf die Überschätzung der Zahl der erwarteten Besucher zurück.

Die Kämpfe um Schanghai.

Schanghai, 8. Oktober. **PAT.** Mitteilungen zufolge, die aus japanischen Quellen stammen, ist die Armee Tschang-Tso-Lins in Schanghai-Kwen gestern Abend eingedrungen. Im Laufe der erbitterten Kämpfe erlitten beide Parteien schwere Verluste. Im Gegensatz zu diesen Meldungen wird aus Peking gedrahtet, daß der Angriff Tschang-Tso-Lins zurückgeschlagen worden sei.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 9. Oktober.

Vertagt.

Am gestrigen Mittwoch stand wieder einmal eine Strafsache gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Rundschau", Johannes Kruse, an, dem die Staatsanwaltschaft einen Verstoß gegen Paragraphen des Strafgesetzbuches (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, Beleidigung, Verleumdung usw.) zur Last legte. Das Material hierzu lieferte dem Vertreter der Staatsanwaltschaft der in Nr. 295 der „Deutschen Rundschau" vom 28. Dezember v. J. unter der Überschrift „Aus dem Leben der Deutschen in Polen" veröffentlichte Artikel, insbesondere die darin enthaltene Kritik an der Schulvorstandswahl in Rosenhagen (Rosenówko), Kreis Posen-West. Diese Wahl war von den derzeitigen deutschen Schulvorstandsmitgliedern als ungesetzlich angefochten worden, jedoch ohne Erfolg. In der Schilderung der Art der Amtshandlung bei der Wahl, die die Verdrängung der deutschen Schulvorstandsmitglieder aus ihren Ämtern und die Schließung der deutschen Schule zur Folge hatte, erblickte die Anklagebehörde einen Verstoß gegen die §§ 131, 185, 186, 187 und 20 des St. G. B. Der Angeklagte Kruse hatte eine Anzahl von Entlastungszeugen namhaft gemacht, die der Kostenersparnis wegen in Posen vernommen werden sollten. Die Akten aus Posen waren aber noch nicht zur Stelle, so daß die Verhandlung der Vertagung anheimfallen mußte.

Vierzehn neue Liquidierungen

enthält die Nr. 228 des „Monitor Polski" vom 4. Oktober. Es handelt sich um nachstehende Ansiedelungsgrundstücke: In Łowęcin, Kreis Posen Ost, Besitzer August Huly; ebendort ein Grundstück, Besitzer Wilhelm Klenke; in Nowe-Krolikowo, Kreis Schubin, Besitzer Ernst Müller, in Stary Folwerk, Kreis Neutomischel, Besitzer Josef Weimann und Frau geb. Grieſche. Die nächstbenannten fünf Ansiedelungsgrundstücke liegen sämtlich in Ortschaften des Kreises Wongrowitz. Es sind dies Grundstücke in Kakulin, Besitzer Christian Wurst und Frau geb. Grau, in Klodzin, Besitzer Karl Oberhacke, in Brzeźno-Stare, Besitzer Otto Ballhausen, und ebendort ein Grundstück, Besitzer Karl Meier. Weiter sind liquidiert Ansiedelungsgrundstücke in: Mielżyn, Kreis Witkowo, Besitzer Rudolf Menke, Cytrynowo, Kreis Mogilno, Besitzer Heinrich Wichmann, Sumin, Kreis Stargard, Besitzer Max Venske, Niwy, Kreis Konitz, Besitzer August Sandt und Frau geb Gall, und ebendort ein weiteres Grundstück, Besitzer der vorbenannte August Sandt.

Zur Belebung der Bauindustrie.

Aus Warschau, 7. Oktober, wird uns berichtet: Wie bereits gemeldet, fand am Sonnabend unter Vorsitz des Handelsministers Kiedron eine Sitzung des Industrie- und Handelsrat statt, in welcher auch die Frage der Belebung der Bauindustrie eingehend erörtert wurde. Als Ergebnis der Aussprache wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Industrie- und Handelsrat erkennt an, daß die Lösung der Frage der Belebung der Bauindustrie abhängig sei von der Schaffung eines langfristigen Kredits.

2. Der Industrie- und Handelsrat stellt fest, daß in der Bauindustrie gegenüber den anderen Industriezweigen unnatürlich hohe Löhne gezahlt werden, was in hohem Maße die gewaltigen Baukosten verursacht. Der Arbeitslohn eines unqualifizierten Bauarbeiters beträgt 5,28 Złoty, dagegen der Durchschnittslohn bei zehn verschiedenen Industriezweigen nur 3,3 Złoty täglich. Der Durchschnittslohn bei einem qualifizierten Bauarbeiter beträgt 9,12 Złoty täglich. Der Durchschnittslohn bei den technischen Industriezweigen 5,38 Złoty.

3. Der Industrie- und Handelsrat berechnet den Gesamtwert der Arbeitsleistung bei Häuserbauten auf 80 Prozent des Bauwertes. Deshalb ist die Bauindustrie ein deutlicher Beweis dafür, daß die Lösung des Wirtschaftsproblems in der intensiveren Gestaltung der Arbeit liegt.

4. Der Industrie- und Handelsrat nimmt die gegenwärtige Reorganisation der Produktion in den hauptsächlichsten Industriezweigen zur Kenntnis und empfiehlt, diese Aktion soweit als möglich zu erweitern. Endlich wird verlangt, daß dem Sejm sobald als möglich ein Gesetzentwurf über die Verlängerung der Arbeitszeit und über die Regelung der Urlaubszeit für Arbeiter zugeschickt werde, ferner ein Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Zahl der Arbeitstage. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß in Polen etwa 250 000 Wohnungen fehlen.

---

§ **Entstaatlichung der polnischen Post?** In einer Versammlung der Postbeamten des Bromberger Bezirks, die am Sonntag in Bromberg stattfand, teilte der Sejmabgeordnete Herz (Nationale Arbeiterpartei, NPR.) mit, der Post drohe die Gefahr, daß sie Herr Moskalewski in eine Privatanstalt verwandeln wolle. Auf diesem Hintergrunde spiele sich der Kampf ab. Abg. Herz forderte zu entschiedenstem Widerstande dagegen auf.

§ **Herdbuchauktion.** Wie wir zuverlässig erfahren, veranstaltet die Herdbuchgesellschaft Ende Oktober in Posen eine Herdbuchauktion. Es dürfte sich empfehlen, etwaige Anmeldungen unverzüglich der Izba Rolnictwa zugehen zu lassen.

§ **Nächtliches Gesindel** hat sich einen Bubenstreich geleistet, der seines Gleichen sucht. In der Nacht zum Mittwoch, der für die jüdischen Mitbürger das Versöhnungsfest brachte, den höchsten jüdischen Feiertag, haben mehrere Strolche die Stufen der breiten Aufgangstreppe zur Synagoge mit einer dicken Teerschicht besudelt. In derselben Nacht wurde auch der Bürgersteig vor mehreren jüdischen Geschäften mit Teer beschmiert und bei der Firma Wulkan in der Wallstraße auch das Firmenschild. — Solche Blüten treibt der durch törichte Hetzereien aufgepeitschte Rassenhaß.

§ **Die Fahrradmarder** erweitern ihr Tätigkeitsfeld, indem sie sich nicht auf die Straße beschränken, sondern auch in Häuser eindringen und die Hausflure nach Rädern absuchen. So wurde gestern aus dem Treppenflur des Hauses Gr. Bergstraße (Wały Jagiellońskie) Nr. 2 ein Fahrrad gestohlen. — Radfahrer seien also an größte Vorsicht gemahnt!

§ **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde gestern vormittag bei einer Frau Marta Kinne verübt und Wäsche, Kleider und andere Sachen im Gesamtwerte von 1000 Złoty gestohlen.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

D. G. f. K. u. W. Heute abend 8 Uhr im Evgl. Gemeindehaus 2. Vorlesung: „Kant als Kopernikus der Philosophie." — Auf viele Anfragen teilen wir mit, daß unsere Verhandlungen mit Lucy Kieselhausen um einen Tanzabend in der „Deutschen Bühne" als abgeschlossen gelten durften, dann aber an den Nachforderungen der Künstlerin scheiterten. Im November findet ein Tanzabend „Sent' Mahesa" statt. (21688

Deutsch-ev. Frauenbund. Musikalischer Abend unter Mitwirkung geschätzter Kräfte, Freitag, 10. Oktober, um 8 Uhr, im gr. Saale des ev. Gemeindehauses. (11768

* * *

* **Czarnikau** (Czarnków), 8. Oktober. Am 15. Oktober 1924 findet hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

* **Inowroclaw**, 8. Oktober. Der heutige Jahrmarkt zeigte überall ein äußerst lebhaftes, reges Bild. Sowohl auf dem Waren- als auch auf dem Vieh- und Pferdemarkt herrschte ein großes Angebot. Doch während auf dem Warenmarkte Angebot und Nachfrage sich ungefähr die Wage hielten, mangelte es auf dem Vieh- und Pferdemarkt an Käufern. Gezahlt wurden für Kühe 1. Sorte 300—400 zł, 2. Sorte 200—300 zł, für Pferde 1. Sorte 500 bis 700 zł, 2. Sorte 200—500 zł. — Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden u. a. folgende Preise verlangt: Butter 2—2,20 zł, Eier 2,10—2,50 zł, Birnen 10—20, Äpfel 10—25, Pflaumen 15—25, Tomaten 30—50 gr, Gänse 4—7, Hühnchen (Paar) 3, Tauben (Paar) 1, Enten 2,90—4 zł.

* **Kolmar** (Chodzież), 7. Oktober. Am Sonnabend eröffnete unsere „Deutsche Bühne" mit dem flott gespielten Lustspiel: „Der Gatte des Fräuleins" die Winterspielzeit. Der Besuch war sehr gut und die Gäste amüsierten sich köstlich. Der Theatervorstellung schloß sich ein Tanzkränzchen an.

* **Posen** (Poznań), 8. Oktober. Der deutsche Kreisbauernverein Posen nahm nach einvierteljähriger Unterbrechung am Montag mittag unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Domänenpächter a. D. Seifarth, seine Vortragstätigkeit im Evangelischen Vereinshaussaale wieder auf. Die sehr gut besuchte Versammlung ehrte zunächst das Andenken der im letzten Vierteljahr verstorbenen Mitglieder, der Rittergutsbesitzer Hildebrand, Georg von Hantelmann, Major a. D. Albrecht und Senftleben in der üblichen Weise. Über den Stand des Landwirtschaftsschulwesens wurde mitgeteilt, daß deutsche landwirtschaftliche Winterschulen in Schroda (früher in Witkowo) und Birnbaum sichergestellt sind. Der Abteilungsvorsteher Knorr vom Biologischen Institut in Dahlem sprach in etwa zweistündigem Vortrage über Kartoffelbau, in dem er sehr wichtige Fingerzeige für die Praxis gab. Die sich anschließende Aussprache gab den Beweis dafür, daß die Gedankengänge des Vortrages auf fruchtbaren Boden gefallen waren.

* **Wongrowitz** (Wągrowiec), 5. Oktober. Vergangene Nacht wurde in das Büro der hiesigen Kreiskrankenkasse eingebrochen. Aus dem Geldschrank wurden 100 zł gestohlen.

Die polnische Hütteninduſtrie

hat seit Errichtung der Republik niemals mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, wie im Laufe dieses Sommers. So bedauerlich die langwierigen Lohnkämpfe der verflossenen Monate auch gewesen sind, so waren sie für die Industrie doch insofern eigentlich noch günstig, als durch den mehrwöchigen Streik die Produktion zwangsweise eine Unterbrechung erfuhr und die Läger vor weiterer Überfüllung bewahrt blieben. Ein sehr anschauliches Bild von der Lage dieses Industriezweiges gibt die folgende im „Przemysl i Handel" veröffentlichte Statistik, deren Daten allerdings nur als vorläufige bezeichnet werden:

Produktion in Kongreßpolen:

	Roheisen To.	Stahlguß To.	Walzerzeugnisse To.
Januar	12 654	14 915	14 507
Februar	10 713	17 735	12 769
März	11 786	14 703	9 158
April	11 629	14 572	9 017
Mai	9 748	12 115	7 722
Juni	5 611	8 623	5 672
Juli	3 408	9 484	7 397
August	301	7 294	6 809
Januar bis August 1924	65 850	99 441	78 051
1923	71 865	165 120	113 110

Produktion in Polnisch-Oberschlesien.

	Roheisen To.	Stahlguß To.	Walzerzeugnisse To.
Januar	31 874	70 217	43 127
Februar	29 262	59 152	34 989
März	33 585	54 578	36 726
April	33 161	57 705	43 151
Mai	31 170	53 497	42 010
Juni	20 558	32 349	24 170
Juli	9 417	16 132	15 839
August	4 655	10 516	14 381
Januar bis August 1924	193 682	354 146	254 393
1923	278 236	—	405 460

Der Rückgang der Roheisenproduktion (in Kongreßpolen war nur ein Hochofen mit Holzkohle im Betrieb in Chlewiska) hatte eine starke Nachfrage nach Gußschrott und ein entsprechendes Anziehen der Preise zu Folge, die sich in der zweiten Hälfte des September auf 135 bis 150 Złoty gegenüber 90 Złoty im Juli stellten. Profitiert haben davon allerdings nur die Schrotthändler und nicht die Hütten, da die Preise für Roheisen sich auf gleicher Höhe hielten und z. B. für Gießereiroheisen Nr. 1 170 Złoty loko Hütte je Tonne betrugen. Eine Besserung weist nur die Produktion von Walzwaren auf. So hat das Stahlwerk in Zawiercie (Sosnowiecer Erz- und Eisenwerke A.-G.) bereits wieder Arbeiter neu einstellen können und Ende August die mittlere Walzstrecke wieder in Betrieb gesetzt. Seit dem 15. September hat auch das Draht- und Schienenwalzwerk der Hütte Czenstochowa die Arbeit wieder aufgenommen. Eines der größten Erzbergwerke, „Alexander", hat die seit Juni eingestellte Förderung wieder aufgenommen, was als ein Anzeichen für die baldige Wiederinbetriebnahme der Hochöfen in Kongreßpolen und eine Erweiterung der Produktion der oberschlesischen Hütten angesehen wird.

Der Stillstand im Kokshandel zog im September einen Rückgang der Preise für Hochofenkoks von 39 auf 35 Złoty loko Kokerei je Tonne nach sich. Trotzdem sind die Kokspreise gegenüber den Friedenspreisen noch viel zu hoch. (Lt. Handbuch des oberschles. Industriebezirks, Kattowitz 1913, S. 386, waren die oberschlesischen Kokspreise 14,60 Mark oder 18,25 Złoty.)

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.